

Badische Landesbibliothek Karlsruhe

Digitale Sammlung der Badischen Landesbibliothek Karlsruhe

Karlsruher Zeitung. 1784-1933 1900

161 (14.6.1900) I. Beilage

I. Beilage zu Nr. 161 der Karlsruher Zeitung.

Donnerstag, 14. Juni 1900.

Die Flottengesetz-Novelle vor dem Reichstag.

Parlamentarische Verhandlungen.
Nachdruck ohne Vereinbarung nicht gestattet.

Deutscher Reichstag.

209. Sitzung vom 12. Juni.

Das Haus ist gut besetzt.

11 Uhr. Am Bundespräsidenten bei Beginn der Sitzung nur Kommissare.

Zunächst wählt das Haus, anstatt des ausgeschiedenen Abg. Camp, den Abg. Dr. Arndt zum Mitglied der Reichstags-Kommission.

Es folgt die erste Beratung des Gesetzentwurfs betreffend Änderungen des Gesetzes über die Rechtsverhältnisse der deutschen Schutzgebiete.

Unterstaatssekretär Hr. v. Rittschosen: Mit Rücksicht auf die Dringlichkeit des Gegenstandes haben wir Ihnen die Vorlage noch in 12. Stunde vorgelegt. Großen materiellen Bedenken wird sie wohl kaum begegnen und so hoffen wir, daß der Entwurf noch zur Verabschiedung gelangen wird. Er bezweckt nichts weiter, als die Ausdehnung der Konsulargerichtsbarkeit auf die Schutzgebiete.

Abg. Schrader (fr. B.): hat einige Bedenken gegen die Vorlage, bittet jedoch, sie ohne Kommissionsberatung zu verabschieden.

Abg. Kirch (Str.) bittet ebenfalls, von einer Kommissionsberatung abzusehen, damit das Gesetz noch zu Stande komme. Hiermit schließt die erste Lesung.

In der sofort folgenden zweiten Lesung beantragt als § 10a Abg. Grober (Centr.) folgende Vorlesung: „Den Angehörigen der im deutschen Reich anerkannten Religionsgemeinschaften werden in den Schutzgebieten Gewissensfreiheit und religiöse Ausbildung gewährleistet. Die freie und öffentliche Ausübung dieser Rechte, das Recht der Erbauung gottesdienstlicher Gebäude und der Einrichtung von Missionen der bezeichneten Religionsgemeinschaften unterliegen keinerlei gesetzlicher Beschränkung noch Hinderung.“

Graf Bernstorff (Rp.) stimmt dem Antrage zu, obgleich seiner Ansicht nach ein Verzicht dazu nicht vorliegt.

Der von dem Abg. Grober beantragte § 11a wird angenommen; im übrigen wird die Vorlage ohne Debatte mit einem redaktionellen Antrage des Abg. Heideberg (nl.) angenommen.

Zur Geschäftsordnung schlägt Abg. Heideberg (nl.) vor, sofort die 3. Lesung vorzunehmen.

Abg. Graf v. Helldorf: Bei der Geschäftslage des Hauses will ich dem Antrage nicht widersprechen, obgleich ich als Leiter der Geschäftsordnung das Bedenken hegen möchte, daß die Geschäftsordnungsveränderungen nicht rechtzeitig zu Stande kommen werden. Ich werde meine Frage, ob niemand widerspricht, nicht nur an das Haus, sondern auch an die Vertreter der verschiedenen Regierungen richten, denn diese haben auch ein Recht darauf, daß wir uns an die Geschäftsordnung halten. — Es widerspricht niemand; ich werde also die 3. Lesung vornehmen lassen, sobald die Beschlüsse 2. Lesung gebilligt vorliegen.

Es folgt die 3. Lesung des Gesetzentwurfs betr. die Handelsverbindungen zum britischen Reich. Durch diese Vorlage wird nach den Beschlüssen 2. Lesung dem Bundesrat die Befugnis gegeben, das jetzt bestehende Protokoll bis zum 1. Juli 1901 zu verlängern.

Ein früher gestellter Antrag, die Verlängerung bis zum 1. Juli 1903 zu gestalten, wird zurückgezogen. Die Vorlage wird ohne Debatte nach den Beschlüssen 2. Lesung definitiv angenommen.

Es folgt die dritte Lesung des Reichsflottengesetzes.

In der Generaldebatte bemerkt

Abg. Wöckel (Natl.): Das Gesetz giebt der Polizei ungeheure Befugnisse. Ich beweise sehr, daß alle diese Maßnahmen eine Beschränkung der Verhältnisse herbeiführen werden. Viel wichtiger als dieses Gesetz wäre ein Gesetz zum Schutz der Menschen gegen die Experimente der Herren Metzger, denen schon Mauder zum Opfer gefallen ist. Man denke nur an den Fall Reicher. So lange die ärztliche Wissenschaft die Vivisektion für erlaubt hält, so lange habe ich gegen ihre Vertreter auch den Verdacht, daß sie aus „wissenschaftlichen“ Interessen zu Menschenquäleren bereit sind. Ich werde gegen das Gesetz stimmen.

Abg. Dr. Erdmann (nl.): In der zweiten Lesung ist ein sozialdemokratischer Antrag, der den behandelten dem beantragten Art gleichstellt, angenommen worden. Ich halte diese Anerkennung für eine Verschlechterung des Gesetzes; wir müssen alles vermeiden, was einen gewissen Gegensatz zwischen den verschiedenen Parteien erwecken könnte. Ich habe nun bereits einen Antrag auf Befristung der gegen den beschlossenen Anerkennung eingebracht, ziele diesen Antrag aber hiermit, mit Rücksicht auf die Geschäftslage des Hauses und weil die Frage doch nicht von besonderer praktischer Bedeutung ist, zurück.

Abg. Zubeil (Soz.) bekämpft die Vorlage, weil sie zu große Erweiterungen der Polizeibefugnisse enthält.

Abg. Klenck (Str.) erhebt am Auskluft darüber, ob die freie Auswahl des Personalpersonals in den Krankenhäusern in jeder Weise gewährleistet wird.

Staatssekretär Graf v. Posadowsky giebt eine zusage Erklärungen ab.

Abg. Dr. Müller-Sagan (fr. B.) erklärt, daß seine Partei trotz mancher Bedenken doch für das Gesetz stimmen werde.

Abg. Wurm (Soz.) bemerkt, daß seine Fraktion nicht geschlossen für die Vorlage stimmen werde. Ein Teil sei dafür, ein Teil dagegen. Es handle sich ja nicht um politische, sondern nur um Zweckmäßigkeitsfragen.

Hiermit schließt die Generaldebatte.

In der Spezialberatung wird das Gesetz nach den Beschlüssen zweiter Lesung unverändert genehmigt und sodann in der Gesamtabstimmung definitiv angenommen.

Es folgt die dritte Lesung des Gesetzentwurfs betr. Änderung des Reichsstempelgesetzes.

Die Generaldiskussion findet nicht statt.

In der Spezialdiskussion bemerkt zum Stempelgesetz

Abg. Hilka (nl.): Wir haben in der zweiten Lesung trotz mancher Bedenken, die von verschiedenen Seiten erhoben wurden, auch die Aufhebung des Stempel unterworfen. Stempelsteuer bleiben sollten nur die Einzahlungen, die zur Deckung von Fehlbeträgen geleistet werden. Ich bitte und jetzt im Namen meiner Partei das Haus, einen auch vom Zentrum unterstützten Antrag anzunehmen, wonach auch die Einzahlungen frei bleiben sollen, „die zur Erhaltung des Betriebes in seinem bisherigen Umfange verwendet werden.“ Ferner beantrage ich, den Emissionsstempel auf Kupfscheine von 2 Prozent auf 1 Prozent zu ermäßigen. Nachdem wir dies Zugeständnis gemacht haben, hoffen wir, daß die Linke nun von weitergehenden Anträgen absehen wird.

Abg. Graf Oriola (nl.) schließt sich dem Vordränger an. Der Antrag bedeutet eine ganz wesentliche Verbesserung.

Abg. Müller-Sagan (fr. B.) empfiehlt ebenfalls den Antrag.

Abg. Dr. Müller-Sagan (fr. B.): Wir halten den Antrag gegenüber den Beschlüssen 2. Lesung für das kleinere Übel und werden ebenfalls dafür stimmen.

Der Antrag Hilka (nl.) und mit ihm Nr. 1c des Tarifs wird angenommen.

Der Rest des Tarifs und des Stempelgesetzes wird ohne Debatte unverändert angenommen.

Die Gesamtabstimmung ist auf Antrag Dr. Müller-Sagan (fr. B.) eine namentliche.

Das Stempelgesetz wird mit 208 gegen 87 Stimmen definitiv angenommen. Dagegen stimmen die Sozialdemokraten, die freisinnige Volkspartei, die freisinnige Vereinigung und die Polen.

Während der Abstimmung sind der Reichskanzler Fürst zu Hohenlohe sowie die Staatssekretäre Tirpitz und Hr. v. Tschirman erschienen.

Nunmehr tritt das Haus in die 3. Lesung des Entwurfs betr. Änderung des Gesetzes über die Rechtsverhältnisse der deutschen Schutzgebiete.

Auf Antrag des Abg. Heideberg (nl.) wird das Gesetz en bloc definitiv angenommen.

Es folgt die dritte Lesung des Entwurfs betr. Änderung des Zolltarifs.

Dieser wird ohne Debatte unverändert definitiv angenommen. — Dagegen stimmen dieselben Parteien wie gegen das Stempelgesetz.

Nunmehr wird die dritte Lesung der Novelle zum Flottengesetz vorgenommen.

In der Generaldiskussion bemerkt

Abg. Hr. v. Stumm (Natl.): Der Abg. Nebel hat in der zweiten Lesung behauptet, ich hätte der Kommission gegenüber zugegeben, daß bei dem Verkauf von Panzerplatten die Hälfte der Kaufsumme als Reingewinn erzielt würde. Das ist unrichtig. Eine derartige Berechnung habe ich gar nicht gemacht, und konnte sie nicht machen, weil dabei eine große Zahl von Faktoren mitzuspielen, die sich gar nicht vorher berücksichtigen lassen. Ich habe lediglich an den Vorstehenden der Budget-Kommission ein Schreiben gerichtet, um die lächerliche Behauptung des „Vorwärts“ ad absurdum zu führen, als ob die Werke Krupp und Stumm durch die jetzige Flottenvorlage 172 Millionen als Gewinn einbrächten. Ich habe dargelegt, daß in Folge der neuen Vorlage für Panzerplatten insgesamt 113 Millionen ausgegeben würden, daß also für beide Werke — selbst wenn man zugeben wollte, daß wir 50 Proz. Reingewinn hätten, was als Maximum behauptet worden war — nur 56 1/2 Millionen Gewinn herankommen, demnach für jedes Werk 28 1/4 Millionen pro Jahr. — Nun hat Herr Nebel weiter gesagt, meine Ziffern seien unrichtig, denn in der Kommission sei konstatiert worden, daß ich für 262, nicht für 113 Millionen Panzerplatten verkauft hätte. Diese Konstatierung betrifft zunächst einen ganz anderen Gegenstand, denn sie enthält die Aufwendungen für alle früher bewilligten Schiffe. Ich halte sie ferner leicht um Verdrängung dieses Umstandes für unrichtig, weil sie offenbar auch die Ausgaben für Schiffsplatten- und -Mede mitgerechnet hat, die mit den Panzerplatten nichts zu thun haben und bei denen von keinerlei Monopolstellung die Rede sein kann.

Ich will Sie mit detaillierten Berechnungen nicht beschäftigen. Sie haben keinerlei Zweck. Sie mögen rechnen, wie Sie wollen: Die Zahlenlagen können Sie nicht aus der Welt schaffen, daß keine Platte der Welt so billige Panzerplatten besitzt als die deutsche, und daß es ferner erheblicher Anregungen seitens der Marineverwaltung bedürftig ist, um uns zu bewegen, eine so schwierige, kostspielige und riesige Fabrikation wie die der Panzerplatten einzuführen.

Abg. Dr. Hertel (L.): Man hat gemeint, daß meine Freunde, die sogenannten Agrarier, nur deshalb für die Flotte eingetreten seien, weil uns Gegenleistungen geboten worden seien. Das ist falsch. Fast alle meine Freunde waren von Anfang an entschlossen, für die Vorlage zu stimmen. Wir beweisen heute, daß das Wort, das uns angeschrieben wurde: „Kein Fleischschonkelei im agrarischen Sinne — keine Flotte“ eine innerliche Unwahrheit ist. Wir haben aus nationalen Gründen für die Flotte gestimmt. Eine Durchabstimmung haben wir allerdings nicht gehabt. Es läßt sich nicht leugnen, daß die Landwirtschaft mittelbar die größten Kosten in Folge der Vorlage zu tragen hat. Die Leutenoth wird größer werden und die Exportindustrie wird weiter nuncuchen und die Umwandlung Deutschlands in einen Subtropenstaat weiter fortgeschritten. Aber da die Flottenvorlage im Interesse der Weltanschauung Deutschlands notwendig ist, stimmen wir für sie. Das Opfer ist und nicht leicht geworden. Zwar hat man uns versprochen, daß bei den neuen Handelsverträgen die Landwirtschaft berücksichtigt werden soll. Aber wir haben in der letzten Zeit erfahren, daß derartige Regierungs-erklärungen mutatis mutandis auszuführen sind. In Folge dessen hat diese Erklärung für uns wenig Wert, jedenfalls nur für unsere Stellung nicht bestimmend. Gleichwohl wurde uns unsere Zustimmung durch die Regelung der Deckungsfrage. Magst du aber waren für uns nationale Rücksichten. Wir wollen Frieden halten in jedem Bereich, nur nicht um den der nationalen Ehre und unserer internationalen Weltstellung. Dazu müssen die Regierungen einen festen Rückhalt haben und diesen wollen wir ihnen schaffen. Wahrscheinlich werden die nächsten Kriege Seekriege sein, darum müssen wir eine Flotte haben. Wir wünschen, daß mit den Staaten, für die wir keinerlei Sympathie haben können — deutliche Beziehungen aufrecht erhalten werden, aber nicht mehr; auch wegen dieser Staaten müssen wir mit einer starken Flotte gerüstet sein. Wir müssen Weltpolitik treiben (Gaden links); aber damit diese nicht wurzelt ist, müssen wir als Grundlage eine gesunde Heimatpolitik haben. Diese muß in den nächsten Jahren getroffen werden; hoffentlich wird sich dabei hier eine ebenso große und feste Mehrheit finden, wie erfreulicherweise heute. Unsere Zukunft liegt gewiß zum Teil auf dem Wasser, aber die Hauptkraft des deutschen Volkes wird immer im Lande wurzeln. (Beifälliger Beifall bei den Konservativen.)

Abg. Liebknecht (Soz.): Der Abg. Hr. v. Stumm wird nicht leugnen, daß er Vorbeile von dieser Flottenvorlage hat, die Kosten aber trägt die arbeitende Bevölkerung. (Widerspruch und Lachen rechts.) Die Flottenbegeisterung ist nicht von unten herauf gekommen, sondern von oben gemacht; auch der Reichstag hat dieser Vorlage zu Anfang sehr nächsten gegenübergestanden. (Lachen.) Ein ständiger Wortbruch war es, daß uns diese neue Vorlage brachte. (Rufe rechts: Unerbört! — Glender Wortbruch! — Zur Ordnung!) Diese Denunziation ist würdig Ihrer Flottenbegeisterung. England ist Seemacht, aber es hat keine stehende Armee; wie können wir uns unterfangen, neben dem größten Heer zugleich eine sehr große Flotte haben zu wollen? (Lachen.) Wenn den Engländern die Regierung zu viel zumutet, dann beweisen sie, daß sie ein freies Volk sind, und halten mit der Regierung Abrechnung. (Lachen.) Wozu brauchen wir eine große Flotte? Ich habe noch nie einen Engländer getroffen, der nationale

Ablehnung gegen Deutschland gezeigt hätte. Die Engländer wundern sich nur über die mittelalterlichen Zustände bei uns, sie wundern sich, daß bei uns ein persönliches Regiment besteht, das fast noch schlimmer ist als in Rußland. (Gelächter.)

In dem vorletzten Kriege der Engländer gegen die Boeren, da hat es sich gezeigt, daß das deutsche Volk dem Kaiser zustimmte wegen seines Telegramms an Paul Krüger, aber der Telegrammschreiber von damals hat sich gewandelt. (Umrufe rechts.) Das deutsche Volk, das fast einstimmig seine Sympathien für die Boeren kund gegeben hat, wird jetzt durch offizielle Telegramme vertreten, die genau das Gegenteil von dem sagen, was das deutsche Volk will. Das sind Zustände, die uns keine Achtung verschaffen können. (Sehr richtig! bei den Soz.) Und dennoch wird deutsche Volk geachtet im Ausland. Deshalb? Weil es seine Kraft gezeigt hat in der Industrie, weil die Erzeugnisse der deutschen Arbeit zu dem besten der Welt gehören, weil Deutschland das einzige Land der Welt ist, das der englischen Industrie Konkurrenz macht. (Beifall bei den Soz.) Graf Posadowsky hat neulich gesagt: Greifen Sie den Kaiser nicht an, ich bin der Kugelfang. Der Kugelfang sollte aber seine Wirksamkeit nach zwei Seiten hin beweisen, er sollte auch bewirken, daß gewisse Kundgebungen in den Papierkorb fallen. (Beifall bei den Soz. Umrufe rechts.)

Präsident Graf v. Helldorf: Ich muß den Herrn Redner unterbrechen. Er hat nicht das Recht, sich hier mit der allerhöchsten Person zu beschäftigen; ich habe das nur insoweit für zulässig erklärt, als es sich um Kundgebungen handelt, die gehörig publiziert sind. Was der Herr Redner hier vorträgt, sind aber alles Sachen, die solche Kundgebungen nicht betreffen; ich bitte ihn daher, die allerhöchste Person nicht weiter in den Bereich seiner Ausführungen zu stellen.

Abg. Liebknecht (fortfahrend): Für die wichtigsten Kultur- aufgaben ist kein Geld vorhanden, hier aber werden Tausende von Millionen ins Wasser geworfen. Und wie nötig ist es uns, daß für Unterricht, für Aufklärung mehr bei uns geschieht! Das beweist die ganze Art der jetzigen Konterci, die „Kulturord- nung“, die gegen die Juden, wie sie von der „Kreuzzeitung“ und anderen Blättern Ihrer Richtung geübt wird. Pöbel der Schande, daß derartige Dinge möglich sind am Anfange des zwanzigsten Jahrhunderts! (Beifall bei den Sozial- demokraten.) Ich hoffe, die Strafe wird diejenigen treffen, die jetzt mit dieser Flottenvorlage einen Raubzug gegen das deutsche Volk unternehmen. (Beifälliger Beifall bei den Soz. Umrufe rechts.)

Präsident Graf v. Helldorf: Wegen des Ausdrucks „Raubzug“ gegen das deutsche Volk“ in Bezug auf eine Vorlage der ver- bundenen Regierungen rufe ich den Herrn Redner zu Ordnung.

Abg. Liebknecht (fortfahrend): Und es ist doch ein Raubzug, den Redner zum zweiten Male zur Ordnung. (Abg. Liebknecht verläßt die Tribüne.) — Beim Beginn der Rede des Abg. Liebknecht war ich dienstlich beschäftigt, ich konnte daher seinen Aus- führungen nicht genau folgen. Es wurde mir aber ein unangemessene Ausdrücke gebraucht hat, die ich mir über Stenogramm kommen, und finde darin, daß er in unerkennbarer Beziehung auf Mitglieder des Bundesrats von einem „elenden Wortbruch“ gesprochen hat. Deswegen rufe ich ihn nochmals zur Ordnung. (Beifall.)

Abg. Müller-Sagan (Str.) rechtfertigt das Weiteren die vom Abg. Freiherrn von Stumm bezweifelten Berechnungen der Budget- kommission bezüglich der Fabrikationskosten der Schiffspanzerplatten.

Abg. von Kardorff (Rp.): Herr Müller-Sagan hat meinen Freund von Stumm ganz falsch verstanden. Die Worte desselben richteten sich gar nicht gegen die Kommission, sondern gegen un- richtige Behauptungen des Abg. Nebel. Unsere Schiffspanzer- fabriken liefern ein besseres Material, als alle anderen der Welt. Wenn die Gewinne so groß wären, wie die Sozialdemokraten behaupten, dann würden sich zu den bestehenden Fabriken gewiß schon längst Konkurrenzfabriken gesellt haben. Das ist aber nicht geschehen, trotzdem von der Marineverwaltung bereits darauf gedrängt ist, eine solche Konkurrenz zu schaffen. Die Leute scheuen sich eben vor dem Risiko, das mit den kolossalen Kapitalien, die solche Werke erfordern, verbunden ist. Die bestehenden Werke sind jedenfalls nicht nur bezüglich ihrer Leistungen, sondern auch wegen ihrer Zu- sorge für die Arbeiter als Musteranstalten zu bezeichnen. (Lachen bei den Soz.)

Staatssekretär Dr. Graf von Posadowsky: Der Abg. Müller-Sagan hat einige Worte gesprochen zur Begründung der Resolution, die von der Budgetkommission wegen Ab- hilfe der landwirtschaftlichen Leutenoth gefaßt worden ist. Staatsrechtlich möchte ich dazu bemerken, daß allerdings der Art. 4 der Reichsverfassung dem Reiche die Gesetzgebung über die Fremdenpolizei zuweist, daß aber die Ausführung der Fremden- polizei unzweifelhaft ein Recht der einzelstaatlichen Verwaltung ist. Ich kann es mir aber sehr wohl denken, daß, wenn eine einzelstaatliche Verwaltung dieses Recht in einem Umfange, in einer Art ausübt, die bedenklich wäre für die Sicherheit des Reichs, daß dann die Regierungen in ihrer Gesamtheit und insbesondere der Reichskanzler das Recht und die Pflicht haben, in die Ausübung dieses Rechts einzugreifen. Anders liegt die Frage, ob der Reichskanzler oder die Regierungen das Recht haben, eine Einwirkung auf einen Einzelstaat dahin auszuüben, daß Ausländer unter bestimmten Bedingungen herein- gelassen werden. Ich möchte nicht glauben, daß den verbündeten Regierungen und dem Reichskanzler ein solches verfassungsmäßiges Recht zusteht. Aber wenn ich in meiner Eigenschaft als preußi- scher Minister spreche, so kann ich versichern, daß das preussische Staatsministerium die außerordentliche landwirtschaftliche Leutenoth in den städtischen Provinzen vollkommen anerkennt und die Auffassung weiter Kreise theilt, daß jetzt vielleicht die Noth der Landwirtschaft noch mehr in den knappen Leutenothverhältnissen liegt, als in den niedrigen Preisen der landwirtschaftlichen Erzeugnisse (Sehr richtig! rechts), und ich kann ferner sagen, daß die preussische Regierung eifrig befreit ist, in der Herculassung fremder Arbeiter so weit zu gehen, wie es sich irgendwie mit den politischen und anderen Interessen des deutschen Reichs und Preussens ver- trägt. Es werden, glaube ich, Alle anerkennen, daß bei dieser Frage sehr schwerwiegende politische Gesichtspunkte mitzuspielen und daß wir ganz absolut frei für die Einwanderung fremder Arbeiter die Grenzen unter keinen Umständen geben dürfen. Wir haben uns aber in Preußen erst kürzlich darüber schlüssig gemacht, weitere Erleichterungen in der Zulassung einzutreten zu lassen. Man wird es auch vermeiden, wenn uns nicht dringende Gründe im einzelnen Falle dazu zwingen. Aus- weisungen ausländischer Arbeiter vorzunehmen. Die Vertreter der Landwirtschaft können also sicher sein, daß in Preußen der Sache fortgesetzt größte Aufmerksamkeit zugewandt wird.

Abg. Dr. Sattler (nl.): Wir sind für die Flottenvorlage Geßel wird. Es ist eine ganz außerordentliche große Nothwendigkeit für die Flotte genommen werden, daß man von allen Seiten sich bemüht hat, Meinungsverschiedenheiten über Einzelheiten zurückzudrängen und sich zu verständigen in der Erkenntnis, daß die Schaffung dieser Flotte in der That eine Nothwendigkeit ist für die

weitere Entwicklung des deutschen Volkes. (Nachen bei den So.)
Ich bestreite es, daß diese oder jene Klasse unter den Opfern für
diese Vorlage besonders zu leiden habe, ich behaupte vielmehr, daß
gerade die deutschen Arbeiter bei diesem Gesetz ganz außerordentlich
interessiert sind (sehr richtig), weil ein großer Teil der Ausgaben
für die Flotte in die Taschen der Arbeiter fließen wird in Gestalt
von Löhnen. Die Arbeiter haben auch das größte Interesse daran,
daß unser Ausfuhrhandel nicht stille steht, sondern sich entwickelt, ebenso
hat aber auch die Landwirtschaft ein lebhaftes Interesse an dem Blühen
unserer Industrie, denn ein Rückgang derselben würde auf die Land-
wirtschaft eine sehr ungünstige Einwirkung haben. Der Abg. Liebknecht
hat es so dargestellt, die Schaffung der Flotte richte sich nur gegen
England. Das ist ein Irrthum, so groß, ja beinahe noch größer,
als alle übrigen Irrthümer seiner Rede. Wir wollen die Flotte
nicht schaffen zu Liebe und nicht zum Beide von England, sondern
lediglich zu Liebe der deutschen Nation. Alles zu thun, was notwendig ist,
um die Machtstellung des deutschen Volkes aufrecht zu erhalten, um
den deutschen Unternehmungsgeist und die deutsche Arbeit den
notwendigen Anreiz zu geben. Wenn Sie sagen, daß man
Deutschland fürchte wegen seiner Konkurrenz, dann müssen Sie
doch auch zugeben, daß die deutschen Interessen in der Hand Angriffe
wenn der Deutsche in der Lage ist, mit den Waffen in der Hand Angriffe
abzuschlagen, als wenn er im Falle eines Angriffs stille halten muß.
Daß die Begeisterung für die Flotte nicht von oben gemacht ist, viele
sozialistische Widerlegen schon die Ausführungen Ihrer eigenen
sozialistischen Presse. Auch in der deutschen Arbeiterklasse hat die
Ueberzeugung von der Notwendigkeit der Flotte in weitem Umfange
Platz gefunden. (Unruhe bei den Sozialdemokraten.) Ihr Ge-
setz wird die Thatsache nicht aus der Welt schaffen, daß
Ich möchte meiner Genugthuung darüber Ausdruck geben, daß wir
so weit gekommen sind, daß es gelungen ist, so weit durch
politische Meinungen getrennte Kreise des Volkes zu einem Bunde
für die Vorlage zu gewinnen. Dieses Bunde zeigt, daß hier die
Erkenntnis vorhanden ist, daß Deutschland nicht allein mit
den kontinentalen europäischen Mächten sich begnügen kann,
sondern daß es sich wegen der ganzen Entwicklung seines Exports,
seiner Handels, seiner wirtschaftlichen Thätigkeit nicht ausschließen
lassen darf vom Verkehr mit anderen überseeischen Ländern, daß
weit unsere Interessen in der ganzen Welt vorhanden sind, wir in
gewissem Sinne Weltpolitik treiben müssen, um unsere Interessen in
der ganzen Welt vertreten zu können. Deshalb erkläre ich: Es
ist in der That ein hoch bedeutender Entschluß, zu dem sich der
Reichstag verstanden hat, und ich begrüße es mit Freuden, daß es
gelungen ist, eine so große Mehrheit für eine so heilige Sache zu
finden. (Lebhafter Beifall.)

Abg. Szynala (Str.): Einige meiner Freunde können der Vor-
lage nicht zustimmen. Auch ich bin durch die Erklärung des Staats-
sekretärs absetzt nicht befriedigt. Ich habe auch den Muth, hier
das zu sagen, was ich sagen muß. Ich will gewiß nicht die
nationalen Interessen verletzen. Ich verlange gar nicht, daß
man Umhänger u. s. w. in Bremen hereinläßt. Aber
wenn ruhige einfache Arbeiter über die Grenze wollen,
so sehe ich nicht ein, welche nationale Interessen hier in Frage
stehen sollen. Die preussische Regierung hat sich ja nach laugem
Witlen zu einigen Konzessionen bewegen lassen; sie muß aber noch
weiter gehen, damit der Gebührend endlich in etwas gesichert
wird. Früher hat man den Wohlstand mancher Gegenden durch
Kolonisation begründet; da hat man nicht gefragt, ob Polen oder
Bremen angehebt wurden. Dadurch ist Bremen in nationaler
Sicht nicht zurückgegangen. Ich bedaure, nach den Worten des
Staatssekretärs für die Flotte nicht stimmen zu können.

Abg. Bebel (Soz.) verteidigt seine früheren Ausführungen
über die Ranzerplassen und hält seine Behauptungen aufrecht. Nicht
der „Kaiser“ war die Ursache des Briefes des Herrn v. Stumm,
sondern die „Kaiserliche Volkszeitung“. Der „Hannoversche Courrier“
hatte die Behauptungen über die Gewinne des Herrn
v. Stumm an den Ranzerplassen klar gestellt werden müssen, durch
diese Behauptungen werde die Flottenvorlage unpopulär gemacht.
Darauf hat Herr v. Stumm seinen Brief geschrieben.
Dass der Gewinn des Herrn v. Stumm 50 Proz. beträgt, hat
man in Folge des Briefes allgemein angenommen. Die Re-
gierung haben dieser Auffassung auch niemals widersprochen.
Die Man hat heute wieder von den Vorteilen gesprochen, die die
Arbeiter von der Vorlage haben sollen. Wir sind dieser Behaup-
tung schon oft entgegen getreten. Nur ein sehr geringer
Bruchtheil der Arbeiter wird durch den Bau der neuen Schiffe
Beschäftigung finden. Der deutsche Arbeiter läßt sich durch solche
Behauptungen nicht betören; er weiß, daß es mit Ihrer Arbeiter-
freundlichkeit nicht weit her ist. Das beweist Ihre Handelspolitik;
das hat noch kürzlich die Verhandlung über das Gleisfahrgeleise be-
wiesen.

Abg. Frh. v. Stumm (Ab.): Ich bleibe dabei, daß Herr
Bebel etwas Anders behauptet hat, als was im Kommissions-
bericht steht. Den Kommissionsbericht habe ich nicht angegriffen.
Reichsanwalt Fürst zu Hohenlohe: M. H.! Der Abgeordnete
Liebknecht hat den verbündeten Regierungen schmähschen Wortbruch
vorgeworfen. Nachdem der Abgeordnete deshalb vom Herrn Prä-
sidenten zur Ordnung gerufen worden ist, kann ich mich, darauf
beschränken, diesen Angriff meinerseits auf das Entschiedenste zurück-
zuweisen. Der Abgeordnete Liebknecht hat aber noch behauptet,
bis zum Herbst vorigen Jahres habe keine Begeisterung für eine
Flotte im deutschen Volk bestanden. Ich kann diese Behauptung
nicht unbeantwortet hinausgehen lassen. Dieselbe ist auch in der
Presse hier und da aufgetreten und beruht auf einer irrthüm-
lichen Auffassung der geschichtlichen Entwicklung des vergangenen
Jahrhunderts.

Wenn ich zurückdenke an die Zeit vor mehr als 50 Jahren
und an die Begeisterung für eine deutsche Flotte, die damals das
deutsche Volk durchzog, und wenn ich mich der Thatsache erinnere,
daß damals die im deutschen Bunde vereinigten Regierungen sich,
mit Ausnahme der preussischen Regierung, der Flotte gegenüber
ablehnend verhielten, so darf ich behaupten, daß das Drängen nach
einer deutschen Flotte recht eigentlich aus dem deutschen Volke her-
vorgegangen ist. Die Geschichte des vergangenen Jahrhunderts
zeigt, daß der Ruf nach einer Flotte stets dann hervorgetreten ist,
wenn sich das Streben nach einheitslicher Gestaltung Deutschlands
geltend machte oder wenn diese ihrer Verwirklichung entgegen ging
oder entgegen zu gehen schien.

Es gab ja eine Zeit, wo uns der Gedanke an eine deutsche
Flotte fern lag. Es war die Zeit des Bundesstags. Damals
lebten wir still und harmlos. Wir hatten materiell befriedigende
Zustände, wenig Schulden, verhältnismäßig wenig Steuern, wir
hatten keine Agrarier (Nachen recht), wenn es auch den Grund-
besitzern, besonders in den zwanziger Jahren, herzlich schlecht
ging. Wir hatten keine Sozialdemokraten; vor Allen aber
keine Sorgen der auswärtigen Politik, wenigstens in den

Mittel- und Rheinländern. Diese begnügten sich damit, den Auto-
nominismus zwischen Preußen und Oesterreich am Bundesstage an-
merklich zu verfolgen und sich der einen oder der anderen dieser
Großmächte je nach Bedürfnis und nach dem Gange der Verhält-
nisse anzuschließen. (Beifall.) Im Ganzen war es eine Zeit klein-
südtlicher Beschränktheit und Behaltlichkeit.

Allen dem deutschen Volke gewünscht das nicht. Die Erinnerung
an die einstige Verletzung des deutschen Reichs und die Wüthung
über die Zerissenheit und Demuth Deutschlands, die sich
mehr und mehr verbreitete, ließen uns nicht zum ungesägten Gemüth
des materiellen Wohlbefindens kommen. Der deutsche Geist über. Er bil-
dete das Ferment der revolutionären Bewegung des Jahres 1848. Schon
dies die jüdische Jugend pflegte, ging in immer weitere Kreise über. Er bil-
dete das Ferment der revolutionären Bewegung an der Angunst der
gläubten wir uns am Ziel, als jene Bewegung an der Angunst der
Beschränktheit über. Da ein mächtiges Gedank an die Flotte vor-
gedacht werden kann, so mußte der Gedanke an die Flotte vor-
gedacht werden, als das Reich verlor. Erst zwanzig Jahre später
schwinden das Reich, dank den Siegen der vereinten deutschen Heere
unter der jubelnden Zustimmung des deutschen Volkes ge-
gründet. Auch jetzt trat sofort die Forderung nach einer
deutschen Flotte auf. Man war einig in der Ueberzeugung von
der Notwendigkeit derselben, die denn auch von da an in ihrer
Entwicklung stetig fortgeschritten ist. Meinungsverschiedenheiten
traten seitdem nur auf in Bezug auf die Größe der Flotte und die
Höhe der zu verwendenden Mittel. Der Weg, den man einschlug,
um die Mittel für Meer und Flotte zu beschaffen, führte zu der
Reform unserer Zollgesetzgebung und dies hatte einen industriellen
Aufschwung, eine Entwicklung unseres Handels zur Folge,
die das Verlangen nach dem Ausbau unserer Handels-
flotte mit erneuter Kraft hervorbrachte. Es handelt sich
da nicht allein um den Schutz einzelner Schiffe oder um den Nach-
druck, mit dem Forderungen in fremden Ländern zu unterstützen
sind, sondern es handelt sich darum, unsere Existenz als hand-
elnde Weltmacht zu sichern. Das deutsche Reich darf nicht
abhängig sein von dem guten Willen anderer mächtiger Nationen;
es muß auf eigenen Füßen stehen und auf Achtung zählen können.
Daraus ergibt sich die Notwendigkeit einer starken Flotte. Die
neuerliche Geschichte lehrt, wohin ein Land kommt, das eine un-
genügende Flotte hat.

Zum Schluß möchte ich diejenigen, denen die Opfer, die die
Flotte verlangt, zu lästig erscheinen, nochmals daran erinnern, daß
die ideale Einheitsbestrebungen, das Drängen nach einer Welt-
machtstellung, die aus dem deutschen Volke hervor-
gegangen sind, uns auf die Bahn geführt haben, negativen sind,
auf der wir uns befinden und auf der wir nicht umkehren
können. Nach dem Gange, den die zweite Lesung der Gesetzes-
vorlage genommen hat, wird diese Auffassung ja auch von der
großen Majorität dieses hohen Hauses getheilt, und ich zweifle nicht,
daß der Reichstag in gewohntem Patriotismus seine Beschlüsse zum
Wohle des Vaterlandes fassen wird. (Lebhafter Beifall.)

Abg. Gräfe (Antik): Der Mittelstand kann sich nicht der
Politik der jetzigen Regierung die Vorlage nicht in besonderer
Hurrastimmung annehmen. Der Mittelstand blickt mit Besorgnis
der weiteren Entwicklung entgegen. (Im Saal herrscht großer Lärm.)

Präsident Graf v. Ballestrem: Ich bitte um etwas Ruhe.
Wenn Sie keine Reden mehr hören wollen, so beschließen Sie den
Schluß der Debatte.

Abg. Gräfe (fortfahrend): Der Mittelstand fürchtet, daß die
Flotte nur dazu dienen wird, einen wirtschaftlichen Kirchhof zu
schaffen. Trotzdem bewilligen wir die Flotte, nicht der Regierung,
sondern dem Vaterlande, in der Hoffnung, daß bald der Hehl kommt,
der uns hilft.

Abg. Dr. Kasse (nl.) polemisiert gegen den Abg. Szynala. Es
ist sehr bedauerlich, daß wir in Folge der Leutenoth gezwungen
worden sind, die Beschränkungsmaßregeln, die gegen die Einwanderung
fremder Arbeiter bestanden, einzuschränken. Die nationalen Inter-
essen hätten jedenfalls in dieser Frage nicht vernachlässigt werden
sollen. Die schlechte Stimmung gegen England ist das Produkt einer langen
geschichtlichen Entwicklung. Seit Cromwells Zeiten haben die
Engländer stets die Entwicklung anderer Nationen mit Argwohn
beobachtet. Es ist falsch, daß die Flottenbegeisterung von oben her
verfolgt worden sei. Ich z. B. habe noch vor der Hamburger
Besetzung die Notwendigkeit einer Vermehrung der Flotte betont. Die
Bewilligung von 1858 haben meine engeren Freunde stets nur für
eine Maßnahme gehalten und halten auch die jetzige Be-
willigung nur für eine Maßnahme.

Abg. Liebermann v. Sonnenberg (Antik): Der Abg.
Liebknecht hat vorgeschlagen, das Geld statt für die Flotte zur Auf-
klärung zu verwenden, um die Konten zu beruhigen. Gerade in
den Krisen der abendlichen Gebirge Leute aus jeder Gegend herbeiz-
die Meinung, daß es sich hier um ein Verbrechen aus Uberglauben handelt.
Es müßte also schon die höheren Schulen reformirt werden; ich
fürchte allerdings, daß Herr Liebknecht dabei nichts lernen würde.
(Heiterkeit.) Der Flottenvorlage stimmen wir einstimmig zu, nach-
dem die Debatte so glücklich geendet ist. Besondere Begeisterung
haben allerdings auch wir nicht. Wir hoffen aber auch, daß ange-
sichts des Tages „Blut ist dicker als Wasser“ das deutsche Volk
nicht weiterhin durch Glückwunschreden wegen englischer Boeren-
sieg in Wallung gebracht wird.

Präsident Graf v. Ballestrem fordert den Redner auf, den Kaiser
nicht in die Debatte zu ziehen.

Abg. Liebermann v. Sonnenberg schließt in der Hoffnung,
daß der englische Nebel, der sich vor das Volk gelegt habe, bald
einer frischen Brise weichen möge.

Abg. Liebknecht (Soz.) verteidigt seine ersten Ausführungen
und bleibt dabei, daß die Flottenbegeisterung künstlich gemacht sei.
Staatssekretär Graf v. Bismarck: Der Abg. Liebermann von
Sonnenberg hat seine Ausführungen mit einer Bemerkung ge-
schlossen, die ich nicht unbedacht lassen kann. Die Politik
S. M. des Kaisers und der kaiserlichen Regierung wird nur und
ausschließlich durch nationale Gesichtspunkte bestimmt;
für unsere Politik sind lediglich die realen deutschen
Interessen maßgebend, und wir verfolgen lediglich nationale deutsche
Ziele. Die Politik eines großen Landes kann weder durch Sympathien
noch durch Antipathien bestimmt werden; für sie können derartige
Erwägungen nicht Platz greifen, sondern sie kann nur geleitet werden
vom Standpunkt der deutschen Gesamtinteressen und der sorg-
samsten Abwägung der Frage: Wohin weist der reale deutsche Vor-
schritt, und von welcher Seite droht Deutschland Noth? (Beifall.)

Von der andern Seite dieses hohen Hauses ist der Besorgnis
Ausdruck gegeben, daß unsere Politik eine unruhige, abenteuerliche,
aggressive sein könnte. Diese Richtung ist ebenso unbegründet, und
ich möchte bitten, in dieser Richtung auch nur einen Fall zu
nennen, wo unsere Politik nicht besonnen und maßvoll gewesen
wäre. Alle abenteuerlichen Pläne liegen uns vollkommen fern.
Es etwas widerspricht durchaus den Traditionen unserer Politik
und dem Charakter des deutschen Volkes. Wir wollen aber, wie

von verschiedenen Seiten mit Recht hervorgehoben worden ist,
weder bei Seite gelassen werden, noch wollen wir
unter die Räder kommen. Wir wollen Sicherheit dafür
haben, daß wir uns auch weiter im Frieden, ungestört in wirt-
schaftlicher und politischer Beziehung, entwickeln können. Darum bin
ich überzeugt, daß die große Mehrheit dieses hohen Hauses durch
ihre Stimme für unsere Vorlage der Welt zeigen wird, daß, wo es
sich um große vaterländische Gesichtspunkte, um nationale Macht
fragen handelt, im deutschen Reichstag immer eine Mehrheit vor-
handen ist. (Lebhafter Beifall.)

Hiermit schließt die Generaldiskussion.
Zu § 1, der die Flottenvermehrung enthält, wird das Wort
nicht verlesen.

Die Abstimmung über § 1 ist eine namentliche.
§ 1 wird mit 199 gegen 107 Stimmen angenommen.
Dagegen stimmen die Sozialdemokraten, die freisinnige Volks-
partei, die süddeutsche Volkspartei, die Polen, die Welfen, vom
Centrum die 17 Abgeordneten Gerstenberger, Holzappel,
Hubrich, Kohl, Besenmeier, Mayer-Landsbut, Moritz,
Dr. Richter, Ranner, Ströda, Werthmann, Agner,
Bachmeier, Breuer, Baumann, Bed-Niobach und Samula,
sowie von den Konservativen die Abgg. v. Bonin-Bahrenbusch
und v. Treuenfels.

Die Abgg. Richter (fr. Vp.), Schmidt-Eberfeld (fr. Vp.)
und Lenmann (fr. Vp.) sind nicht anwesend.
Der Rest des Gesetzes wird ohne Debatte angenommen.
Die Gesamtstimmabstimmung ist auf Antrag Ballestrem (nl.)
namentlich.

Das Ergebnis der Abstimmung ist die Annahme des
Flottengesetzes mit 201 gegen 103 Stimmen. — Dagegen
stimmt dieselbe Minorität wie bei § 1.

Damit ist die Flottenvorlage nebst den Deckungsgeetzen
definitiv angenommen.

Das Ergebnis wird mit lebhaftem Beifall aufgenommen.
Es folgen Wahlverhandlungen.
Gemäß dem Vorschlag der Kommission werden die Wahlen der
Abgg. Haake (Abg.), Dr. Graf zu Stolberg-Bernigerode (L.),
Graf von Carmer (L.), Blake (nl.) und Müller-Rudol-
stadt (nl.) für giltig erklärt.
Ueber die Wahl des Abg. Doh (nl.) werden Beweis-
erhebungen beschlossen.

Damit ist die Tagesordnung erledigt.

Präsident Graf v. Ballestrem: Ich darf annehmen, daß wir
dem Ende unserer Tagung entgegengehen. Ich gestalte mir,
Ihnen über die verfloffene Session des Reichstages, welche eine der
schwersten und längsten aller Sessionen des Reichstages gewesen
und nur von einer Session übertroffen worden ist, die gedrängte
Geschäftsübersicht mitzutheilen.

Der Präsident hebt in derselben u. A. hervor, daß die verfloffene
Session 410 Tage gedauert hat. Es haben während dieser Zeit
210 Plenar- und 492 Kommissionsitzungen stattgefunden. In
Vorlagen sind 54 Gesetzentwürfe genehmigt worden und 8 Verträge
resp. Uebereinkommen; 54 800 Petitionen sind an den Reichstag
gerichtet worden.

Zur Geschäftsordnung bemerkt
Abg. v. Levetzow (konl.): Ich glaube mit voller Sicherheit
die Zustimmung des ganzen Hauses zu finden, wenn ich Sie bitte,
unserem hochverehrten Herrn Präsidenten den herzlichsten Dank des
Hauses darzubringen für die unparteiische, sachgemäße, energische
und unermüdete Leitung unserer Verhandlungen. (Lebhafter
Beifall.) In dieser nicht letzten Session hat es ihm an Mühe-
seligkeiten und Schwierigkeiten nicht gefehlt, aber mit der hervor-
ragenden Begabung für sein Amt und mit seinem festen Willen hat
er es verstanden, sie sämtlich zu überwinden. Wir sind ihm dafür
zu hohem Danke verpflichtet. — Sie haben sich von den Wahlen
erhoben und dadurch gezeigt, daß Sie meinen Wunsch erfüllt haben.
(Lebhafter Beifall auf allen Seiten des Hauses.)

Präsident Graf v. Ballestrem: Die überaus freundlichen Worte,
welche der hochverehrte Herr Vorredner an mich gerichtet hat, und
Ihre kundgegebene Zustimmung dazu sind mir äußerst werth.
Wenn es einer Kompensation bedürfte zu den Mühseligkeiten,
die das Amt des Präsidenten mit sich bringt, so hätte ich sie
dadurch in hohem Grade erhalten. Gemüth, es gab schwierige
Momente, sie werden aber überwunden, besonders dadurch, daß der
Präsident im Hause Unterstützung findet und den guten Willen, die
Schwierigkeiten zu überwinden. (Zustimmung.) Dieses Entgegen-
kommen habe ich stets gefunden, auch in den schwierigsten Momenten,
und zwar auf allen Seiten des Hauses (Lebhafter Beifall) und des-
halb kann ich nur wiederholt meinen tief gefühlten Dank aus-
sprechen dafür, daß Sie mich so freundlich durch den verehrten
Herrn Vorredner haben begünstigt. (Lebhafter Beifall.)

Diesen Dank aber, den Sie ausgesprochen haben, hätte ich nie
verdient, wenn ich nicht unterstützt worden wäre von den Herren des
Bureaus, von den verehrten Herren Schriftführern und Protokol-
führern. Und deshalb erlaube ich Sie mir, daß ich ein gut Theil
Ihres Dankes auf diese verehrten Herren übertrage.

Das Wort zur Verkündigung einer kaiserlichen Botschaft hat
der Herr Reichskanzler.

Reichskanzler Fürst zu Hohenlohe: Ich habe dem Hause eine
kaiserliche Botschaft mitzutheilen. (Die Anwesenden erheben sich.)
Die Sozialdemokraten verlassen den Saal.) Die Botschaft lautet:
„Wir Wilhelm von Gottes Gnaden Deutscher Kaiser, König
von Preußen etc. thun kund und geben hiermit zu wissen, daß
wir Unseren Reichskanzler Fürsten zu Hohenlohe ermächtigt
haben, gemäß Artikel 12 der Verfassung die gegenwärtige
Session des Reichstags in Unserem und der Verbündeten Re-
gierungen Namen zu schließen.“

Urkundlich mit Unserer höchst eigenhändigen Unterschrift und
beigedrucktem kaiserlichen Insigne.
Gegeben Neues Palais, am 6. Juni 1900.
gez. Wilhelm
gegenw. Fürst zu Hohenlohe.“

Auf Grund der mir erteilten Ermächtigung erkläre ich im
Namen der Verbündeten Regierungen den Reichstag für geschlossen.
Präsident Graf v. Ballestrem: Wir aber, meine Herren,
trennen uns wie immer unter dem Rufe der Treue und
Liebe und Ergebenheit gegen das erhabene Reichsober-
haupt, und ruhen aus: S. Maj. der Deutsche Kaiser,
König Wilhelm II. von Preußen lebe hoch! (Die Anwesenden
stimmen dazu dreimal lebhaft in den Ruf ein.) Ich schließe die
Session.

Schl. 6 Uhr.